

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 15. Januar 2014:

TOP 01. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Scheffold gibt bekannt, dass der Gemeinderat am 11. Dezember 2013 in nichtöffentlicher Sitzung einem Stundungsantrag für einen Abwasserbeitrag entsprochen hat.

TOP 02. Bestellung des Gemeindewahlausschusses für die Gemeinderats-, Ortschaftsrats- und Kreistagswahlen am 25. Mai 2014

Für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 ist der Gemeindewahlausschuss zu bestellen. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, den Beisitzern und den stellvertretenden Beisitzern. Bürgermeister Scheffold kann den Vorsitz nicht übernehmen, weil er wieder für den Kreistag kandidieren wird.

Die vorgeschlagenen Mitglieder des Gemeindewahlausschusses haben bereits ihr Einverständnis zur Übernahme des Wahlehrenamtes signalisiert.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Gemeinderat ist einstimmig mit einer offenen Wahl en bloc einverstanden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende Zusammensetzung des Gemeindewahlausschusses:

Vorsitzende:	Sachgebietsleiterin Andrea Wimmer
Stellvertretender Vorsitzender:	Hauptamtsleiter Oswald Flaig
Beisitzer:	Hubert Ziegler und Wolfgang Blum
Stellvertretende Beisitzer:	Hans Hopp und Raphaela Weckerle

TOP 03. Breitbandausbau in Niederwasser: Information über die Vergabeentscheidung

Der Gemeinderat hat bereits grundsätzlich beschlossen, die Breitbandversorgung in Niederwasser auszubauen. Die Ausbaumaßnahme wurde ausgeschrieben, bis zum Ende der Angebotsfrist sind zwei Angebote bei der Stadt Hornberg eingegangen. Einer der beiden Bieter musste vom Auswahlverfahren ausgeschlossen werden, weil das Angebot in zwei Punkten von den Leistungsanforderungen der Ausschreibung abgewichen ist. Das Angebot war überdies deutlich unwirtschaftlicher als das zweite Angebot.

Dieses zweite Angebot wurde von der Telekom Deutschland GmbH eingereicht. Das Angebot ist vollständig, plausibel und wirtschaftlich. Die Telekom bietet den Breitbandausbau in Niederwasser gegen Zahlung einer Wirtschaftlichkeitslücke in Höhe

von 112.480 € an. Der Vergabevermerk der Verwaltung über die Vergabeentscheidung an die Telekom liegt dem Gemeinderat vor.

Bürgermeister Scheffold erläutert anhand eines Übersichtsplanes den Verlauf der Leerrohrstrecke von der Werderstraße bis ins Gewerbegebiet Niederwasser. Ein besonderer Dank gilt dabei der Brauerei Ketterer, welche die alte Wasserleitung vom Brauereigelände über die Frombachstraße bis zum Gewerbegebiet Niederwasser der Stadt Hornberg kostenlos als Leerrohr zur Verfügung stellt, zum Einzug einer Glasfaserleitung durch die Telekom.

Damit kann für die Haushalte und Gewerbebetriebe in Niederwasser eine ordentliche Breitbandversorgung hergestellt werden, eine flächendeckende Grundversorgung ist dann gewährleistet. Die Mindestversorgung im Ausbaubereich wird zwei bis sechs Mbit/s betragen, maximal 50 Mbit/s.

Die Verwaltung wird jetzt den Zuschussantrag stellen, nach der Zuschusszusage kann der Auftrag an die Telekom erteilt werden. Die Telekom wird dann in die Planungsphase eintreten, ab Vertragsabschluss kann mit der Inbetriebnahme innerhalb von einem Jahr gerechnet werden, auf jeden Fall noch in der ersten Jahreshälfte 2015.

Nach Abschluss der Maßnahme wird Niederwasser flächendeckend mit DSL versorgt sein. Die weitere Aufrüstung der Breitbandversorgung ist dann ein Zukunftsthema. Die Stadt wird zu diesem Zweck vorsorglich im Zuge von Baumaßnahmen Leerrohre mit verlegen, so zum Beispiel jetzt im Güterbahnhofsbereich.

Der Ortenaukreis hat bezüglich des weiteren Breitbandausbaus eine Untersuchung für das Kreisgebiet beauftragt. Hier sind vor allem gemeindeübergreifende Ausbaumaßnahmen das Ziel.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Vergabeentscheidung gemäß Vergabevermerk vom 27. Dezember 2013 zum Breitbandausbau in Niederwasser zustimmend Kenntnis. Der Auftrag zum Breitbandausbau in Niederwasser ist, vorbehaltlich der Zuschussgewährung für die Wirtschaftlichkeitslücke durch das Land Baden-Württemberg, an die Telekom Deutschland GmbH auf der Grundlage des Angebotes vom 18. Dezember 2013 zu erteilen.

Die von der Stadt Hornberg an die Telekom zu leistende Zahlung in Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke von 112.480 € ist in die Haushaltspläne 2014 und 2015 einzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuschussantrag für die Wirtschaftlichkeitslücke zu stellen. In die Haushaltspläne 2014 und 2015 ist der 50 %-ige Landeszuschuss von 56.240 € ebenfalls einzustellen.

Die Verwaltung wird weiter beauftragt, nach Eingang des Zuschussbescheides den Auftrag an die Telekom Deutschland GmbH zu erteilen.

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

TOP 04. Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2014

Der Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2014, der Finanzplanung 2014 bis 2017, die Übersicht über die vorläufigen Haushaltsreste für 2014 aus 2013, die Übersicht über die bedeutendsten Ausgabepositionen des Haushaltsplanentwurfs 2014 sowie die Wunschliste liegen dem Gemeinderat vor.

Der Gemeinderat hat vor längerer Zeit beschlossen, die Haushaltsberatung komplett öffentlich durchzuführen. Heute wird nun zunächst von Seiten der Verwaltung der Vorentwurf vorgestellt. Von Seiten des Gemeinderates können Verständnisfragen gestellt werden.

In der nächsten Sitzung am 29. Januar 2014 wird der Entwurf dann durch den Gemeinderat beraten. Soweit möglich, soll in der übernächsten Sitzung am 19. Februar 2014, nach nochmaliger Entwurfsberatung, bereits der Satzungsbeschluss über den Haushaltsplan 2014 gefasst werden, spätestens jedoch im März 2014.

Dem Gemeinderat liegen auch die Mittelanmeldungen der beiden Ortsteile Niederwasser und Reichenbach vor, sowie die Budgetübersichten für die Feuerwehr und die Wilhelm-Hausenstein-Schule. Als Tischvorlagen liegen dem Gemeinderat darüber hinaus Übersichten über die Entwicklung des Zuschussbedarfs für die Kindergärten von 2008 bis 2014 vor, sowie über die Pro-Kopf-Verschuldung im städtischen Haushalt und im Eigenbetrieb Wasserversorgung und über die Realsteuerhebesätze (Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer), im Gemeindevergleich.

Eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B um 20 Prozentpunkte würde beispielsweise zu Mehreinnahmen von jährlich rd. 25.000 € führen.

Rechnungsamtsleiterin Mayer präsentiert zunächst die Planzahlen für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt 2014. Der Verwaltungshaushalt kann laut Vorentwurf nur durch eine umgekehrte Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von knapp 680.000 € ausgeglichen werden. Der Vermögenshaushalt wiederum kann nur durch eine Rücklagenentnahme von 700.000 € und eine Kreditaufnahme von 400.000 € ausgeglichen werden.

Die Landeszuweisungen fallen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 311.700 € niedriger aus. Dagegen steigen die zu zahlenden Umlagen um 511.600 €, was im Vergleich zu 2013 zu einer Verschlechterung von 823.300 € führt.

Der Schuldenstand wird bis Ende 2014, unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen und der Kreditaufnahme von 400.000 €, auf 2,289 Mio. Euro steigen. Die Pro-Kopf-Verschuldung einschließlich Eigenbetrieb Wasserversorgung steigt damit auf 921 €, liegt aber immer noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 1.177 €.

Durch die geplante Rücklagenentnahme von 700.000 € wird dann nur noch eine freie Rücklage von 12.891 € verfügbar sein, weil die Mindestrücklage von 219.200 € nicht angetastet werden darf.

Bürgermeister Scheffold dankt für den Überblick und fasst die Rahmendaten nochmals zusammen.

Auf Bitte von Stadtrat Fuhrer wird die vorgestellte Ausgabenübersicht im Vermögenshaushalt bezüglich des Anteils für Kredittilgungen und Umschuldungen (Anteil zusammen 26,0 %) aufgeteilt.

Stadtrat Hess möchte wissen, ob der vorgeschlagene Gewerbesteueransatz von 2,6 Mio. Euro verlässlich ist. Er erinnert daran, dass 2013 der damalige Haushaltsansatz deutlich unterschritten wurde, weshalb jetzt unter anderem die Finanzierungsprobleme bestehen.

Bürgermeister Scheffold informiert, dass der Haushaltsansatz 2013 von 3,0 Mio. Euro auf den entsprechenden Gewerbesteuervorauszahlungsbescheiden basierte. Bis zum Frühjahr 2013 waren die Gewerbesteuervorauszahlungen sogar auf 3,3 Mio. Euro gestiegen, im August 2013 wurde aber der Haushaltsansatz um 700.000 € unterschritten, sodass nur noch 2,3 Mio. Euro tatsächlich eingenommen wurden.

Die Vorauszahlungsbescheide für 2014 belaufen sich auf 2,4 Mio. Euro, außerdem sind für einen Betrieb noch Zahlungen aus Vorjahren zu erwarten, weshalb der Haushaltsansatz von 2,6 Mio. Euro als realistisch erachtet wird. Abweichungen sind im Laufe eines Jahres aber immer möglich.

Grundsätzlich sollen eventuelle Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer der Rücklage zugeführt werden.

Bürgermeister Scheffold erläutert nun ausführlich den Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2014.

Verwaltungshaushalt:

Feuerwehrgarage Niederwasser, Unterabschnitt 1.0620: Zusammen mit dem Ansatz im Vermögenshaushalt, 2.1310 stehen insgesamt 29.000 € zur Verfügung, um die bestehenden Schäden am Dach zu beheben, damit künftig kein Wasser mehr eintritt. Es handelt sich um eine Unterhaltungsmaßnahme mit Wertverbesserungsanteil.

Personalkosten: Diese steigen um 1,5 %. In den Jahren 2015 und 2016 ist mit einer deutlichen Entlastung zu rechnen, weil verschiedene Altersteilzeitverträge mit städtischen Bediensteten auslaufen.

Gemeindevollzugsdienst, 1.1120: Die neue städtische Gemeindevollzugsbedienstete Frau Christiane Streng hat heute ihre Tätigkeit aufgenommen. Parkverstöße werden künftig elektronisch erfasst.

Grundbuchamt, 1.1170: Stadtrat Fuhrer gibt zu bedenken, dass die Personalausgaben teilweise lediglich in den Bereich Hauptamt, 1.0200 umgebucht werden, im Gegenzug aber die bisherigen Zuweisungen des Landes in Höhe von zuletzt 13.000 € pro Jahr entfallen werden. Dies wird von Bürgermeister Scheffold bestätigt. Nach dem Ausscheiden eines Mitarbeiters im Rechnungsamt wird aber mittelfristig eine Stelle eingespart werden, dies ist auch in der Finanzplanung so vorgesehen. Eine entsprechende Umverteilung der Aufgaben in der Verwaltung wird vorgenommen.

Feuerwehrbudget, 1.1310: Die Budgetübersicht liegt dem Gemeinderat vor. Kommandant Armbruster ist anwesend. Das Budget wurde vorab mit der Feuerwehr und den Gemeinderatsvertretern des Amts- und Arbeitsbereiches besprochen.

Zu den veranschlagten Prüfungs- und Gutachtenskosten von 3.500 € führt Frau Mayer aus, dass die Einsatzkosten für Feuerwehreinsätze auf der Grundlage der neuen gesetzlichen Vorschriften neu zu kalkulieren sind. Die Kostenersätze sind durch Satzung festzulegen; bislang besteht nur ein Gemeinderatsbeschluss. Auch wegen der laufenden Fahrzeuganschaffungen, demnächst wird das neue LF 20 geliefert, sind die Einsatzkosten neu zu kalkulieren, um die entsprechend höheren Einsatzkosten in Rechnung stellen zu können. Wenn dann in einigen Jahren eine weitere neue Kalkulation erforderlich wird, kann diese Kalkulation von der Verwaltung entsprechend fortgeschrieben werden.

Wilhelm-Hausenstein-Schule, 1.2150: Das Schulbudget liegt dem Gemeinderat vor.

Schülerbeförderung, 1.2900: Das Ziel der Haushaltsstrukturkommission kann wiederum erreicht werden, den Zuschuss unter 5.000 € zu halten.

Betreuungsangebote an der Wilhelm-Hausenstein-Schule, 1.2910: Bürgermeister Scheffold will abwarten, bis die Anmeldezahlen für die Grundschulbetreuung und das Mittagessenangebot vorliegen. Dann will er im Gemeinderat darüber beraten, ob die Grundschulbetreuung in das Mittagessenangebot integriert werden kann, um hier Personalkosten zu sparen.

Pilzleherschau, 1.3230: Das Rechnungsergebnis 2013 wird dem Gemeinderat noch vorgestellt. Für die künftige Leitung der Pilzleherschau sind zwei Interessenten vorhanden. Hier werden nun Vorgespräche geführt, sofern man sich näher kommt, werden Vertreter der Gemeinderatsfraktionen in die weiteren Gespräche mit einbezogen.

Allgemeine Musikpflege, 1.3320: Teilweise werden die veranschlagten Vereinszuschüsse nur auf Antrag mit entsprechender Begründung ausbezahlt, wie in der Haushaltsstrukturkommission festgelegt. Die Ortsvorsteher werden die Ortsteilvereine entsprechend informieren, damit die Anträge gestellt werden können.

Städtische Musikschule, 1.3330: Im Jahr 2014 sollen die Musikschulgebühren neu kalkuliert werden, um eine Anpassung der Musikschulgebühren beraten zu können. Eine Gebührenerhöhung wird aber nicht vor 2015 vorgenommen.

Der Heizungsaufwand wird, nachdem die Stadt Hornberg das Haus Werderstraße 25 (ehemalige Sparkasse) gekauft hat, auf verschiedene Haushaltsstellen aufgeteilt.

Kindergärten, 1.4640: Auf die vorliegende Übersicht der Entwicklung des Zuschussbedarfs für die beiden Kindergärten seit 2008 wird verwiesen. Der städtische Nettzuschuss ist in dieser Zeit von 281.000 € auf 478.000 € stark gestiegen. Um eine teilweise Refinanzierung dieser steigenden Ausgaben zu erreichen, möchte Bürgermeister Scheffold im Gemeinderat darüber beraten, ob eine Grundsteuererhöhung vorgenommen werden soll.

Außerdem ist zu beraten, ob mit den großen Arbeitgebern in Hornberg bezüglich einer Gewerbesteuererhöhung das Gespräch gesucht werden soll.

Grundsätzlich hat sich die Stadt Hornberg größere Mitspracherechte bei den beiden Kindergärten gesichert, indem jeweils ein drittes Gemeinderatsmitglied aus der Fraktion der Freien Wähler in den beiden Kindergartenkuratorien stimmberechtigtes Mit-

glied wird. Außerdem werden für die beiden Kindergärten ständige Bauausschüsse gebildet, in denen die Stadt Hornberg neben dem Bürgermeister ebenfalls von den drei Gemeinderatsmitgliedern aus den beiden Kindergartenkuratorien vertreten wird.

Bürgermeister Scheffold könnte sich vorstellen, in einer Wohnung ein so genanntes „Kindernest“ einzurichten. Mehrere Tageseltern zusammen können dann eine Kinderbetreuung anbieten, mit entsprechender flexibler Betreuungszeit.

Zuschuss an den DRK-Ortsverein, 1.5470: Der Gemeinderat hat am 23. Mai 2006 beschlossen, dem DRK-Ortsverein einen Zuschuss von 800 € jährlich zu gewähren. Dies betrifft unter anderem die kostenlose Überlassung der Stadthalle für Blutspenden. Der Gemeinderatsbeschluss wird Herrn Hurst noch zur Verfügung gestellt.

Freibad, 1.5710: Die Personalausgaben sind noch zu korrigieren.

Bürgermeister Scheffold will mit dem Arbeitskreis Freibad die Initiierung einer Bürgeraktion besprechen, um beispielsweise Anstricharbeiten im Freibad ehrenamtlich vornehmen zu können.

Stadtrat Hess schlägt vor, dass der Arbeitskreis bereits tagt, bevor der Haushaltsplan 2014 festgezurt wird. Die Ergebnisse des Arbeitskreises können dann gegebenenfalls in die Haushaltsplanung einfließen.

Bürgermeister Scheffold erinnert daran, dass der Gemeinderat bereits beschlossen hat, der Bürgerinitiative Schwimmbad die Mitwirkung im Arbeitskreis Freibad durch zwei bis drei Mitglieder der Bürgerinitiative zu ermöglichen. Er wird morgen ein Vorgespräch mit Vertretern der Bürgerinitiative führen. Mit dem früheren Planer wurde bereits ein Sondierungsgespräch wegen einer Sanierung des Freibads unter Erhalt des 50 m-Beckens geführt. Bevor dies näher untersucht werden kann, ist das Becken bautechnisch zu untersuchen bezüglich der Betongüte und der Standfestigkeit der Beckenwände. Ein entsprechendes Angebot eines Fachbüros liegt vor. Die Kosten werden sich auf rd. 4.000 € belaufen, für diese Untersuchung sowie für die anschließende Sanierungsuntersuchung des Planers sind im Entwurf des Vermögenshaushaltes insgesamt 9.000 € bereitgestellt.

Grundsätzlich ist Konsens im Gemeinderat, keine größeren Investitionen im Freibadbereich zu tätigen, sofern diese nicht in das Gesamtsanierungskonzept für das Freibad integrierbar sind.

Bürgermeister Scheffold bittet, das Fachbüro für die bautechnische Beckenuntersuchung kurzfristig beauftragen zu dürfen, weil für die Untersuchung das Becken geleert werden muss, was eventuell bereits im März möglich sein wird. Das Prüfungsergebnis ist dann abzuwarten.

Über das Ergebnis des morgigen Gesprächs mit den Vertretern der Bürgerinitiative wird der Gemeinderat wieder informiert. Danach kann der Arbeitskreis zur ersten Sitzung einberufen werden.

Bauleitplanung, 1.6100: Die Verwaltung hat für die Änderung des Bebauungsplanes „Niederwasser-Dorf II“ ein Angebot bei einem Planungsbüro angefordert. Demnächst findet ein Abstimmungsgespräch statt. Sobald das Angebot vorliegt, können der Ort-

schaftsrat Niederwasser und der Gemeinderat über die Einleitung des Bebauungsplanänderungsverfahrens und die Vergabe des Planungsauftrages beschließen.

Über diese Haushaltsposition kann auch die Planung des Vorplatzes des Rathauses Niederwasser finanziert werden.

Straßenunterhaltung, 1.6300: Für die Kernstadt Hornberg stehen neben den allgemeinen Mitteln von jährlich 10.000 € im Jahr 2014 zusätzliche Mittel von 60.000 € zur Verfügung. Die Verwaltung schlägt vor, mit diesem Geld die Zufahrt vom Schloßweiher zum Schloßberg auszubauen. Die Planung wird dem Gemeinderat noch vorgestellt.

Stadträtin Lauble kommt auf das jährliche Grundbudget für die Straßen von jeweils 10.000 € für Hornberg und Niederwasser sowie 20.000 € für Reichenbach zu sprechen. Der Ortschaftsrat Reichenbach hält diesen Grundbetrag von 20.000 € für Reichenbach für deutlich zu niedrig und bittet, ab dem Haushaltsjahr 2015 bezüglich einer Erhöhung zu beraten. Sie verweist auf den großen Reparaturbedarf bei den Gemeindestraßen. Bürgermeister Scheffold will im Herbst eine gemeinsame Sitzung des neuen Gemeinderates und der beiden neuen Ortschaftsräte durchführen. Dann kann dieses Thema beraten werden. Denkbar ist auch, in den kommenden Jahren ein Haushaltsjahr als reines Straßenhaushaltsjahr zu veranschlagen, wobei auch die Stellung eines Zuschussantrags aus dem Ausgleichstock zu prüfen ist. In einem solchen Jahr müssten dann andere Investitionen zurückstehen, z.B. in städtische Gebäude.

Stadtrat Fuhrer möchte den Etat für Hornberg von 60.000 € nicht nur für die Schloßstraße verwenden, weil viele andere Straßen in Hornberg ebenfalls reparaturbedürftig sind. Bürgermeister Scheffold möchte mit den Vertretern des Amts- und Arbeitsbereiches eine Ortsbegehung durchführen, dann kann die Beschlussfassung im Gemeinderat über die Mittelverwendung erfolgen. Der Haushaltsansatz sollte vorsorglich so vorgesehen werden. Insgesamt sind die Kosten im Straßenbau stark gestiegen.

Stadtrat Wöhrle ist der Meinung, dass die Schloßbergzufahrt erst nach der Umsetzung der Schloßbergkonzeption instand gesetzt werden sollte, um durch die Baumaßnahmen nicht gleich wieder Schäden zu produzieren. Die Verwendung des Haushaltsansatzes sollte vorläufig offen gelassen werden.

Es wird vereinbart, im Februar oder März eine Tagfahrt mit den Vertretern des Amts- und Arbeitsbereiches durchzuführen.

Ortsvorsteher Dold informiert, dass das Budget für Niederwasser von 60.000 € für die Niedergießstraße vorgesehen ist. Er hat allerdings Bedenken, ob dieser Ansatz ausreichend ist. Dies kann dann ebenfalls noch im Gemeinderat diskutiert werden. Grundsätzlich besteht Einverständnis damit, die Niedergießstraße zu sanieren.

Fuhrpark Bauhof, 1.7700: Die Finanzplanung sieht für 2015 den Kauf eines Multifunktionsfahrzeuges vor, als Ersatz für den Unimog. Die Planung ist in diesem Jahr voranzutreiben.

Hierzu merkt Stadtrat Baumann an, dass die hierfür notwendige Fahrzeugkonzeption für den Bauhoffuhrpark fehlt. Seines Wissens besteht bislang lediglich eine Aufstel-

lung aller Fahrzeuge mit dem jeweils vorgesehenen Ersatzzeitpunkt. Notwendig wären seiner Meinung nach aber eine komplette Ist-Analyse sowie eine Ermittlung des Bedarfs, mit einem Abgleich des Fahrzeugbedarfs mit dem vorhandenen Personal.

Bürgermeister Scheffold informiert, dass die Verwaltung im Jahr 2014 ein neues EDV-System in Betrieb nehmen wird, welches die Fahrzeuge erfasst. Es wird geprüft, inwieweit hier eine Fahrzeugkonzeption aufgestellt werden kann. Stadtbau-
meisterin Moser ergänzt, dass die damalige Fahrzeugfassung im Echtbetrieb noch näher auszuwerten ist.

Stadtrat Wöhrle wird der vorgeschlagenen Neubeschaffung des Multifunktionsfahrzeugs für 2015 nur zustimmen, wenn das Fahrzeugkonzept bis spätestens Herbst vorliegt. Bürgermeister Scheffold will nun zunächst die Daten erheben und das neue EDV-Programm prüfen lassen. Anschließend wird der Gemeinderat wieder informiert. Dann kann das weitere Vorgehen festgelegt werden.

Förderung der Land- und Forstwirtschaft, 1.7800: Auf Bitte von Stadträtin Eveline Lauble wird die Verwaltung eine Liste erstellen, in der die Zuschüsse an die landwirtschaftlichen Betriebe nach Betrieben und Zuschussarten aufgeteilt werden. Die beiden Ortsvorsteher erhalten dann diese Liste.

Auf Anfrage von Ortsvorsteher Dold informiert Bürgermeister Scheffold, dass für die Langlaufloipe im Bereich der Schönen Aussicht in den vergangenen Jahren keine Rechnungen mehr gestellt worden sind, weshalb kein Haushaltsansatz gebildet worden ist. Grundsätzlich ist dies aber noch möglich.

Tourist-Info, 1.7900: Der Etat der Tourist-Info wurde bereits im Ausschuss für Tourismus und Freizeit vorgestellt. Der mögliche Beitritt zu einer Kinzigalgemeinschaft ist noch nicht berücksichtigt. Dies wird frühestens für 2015 ein Thema werden.

Stadtrat Fuhrer stellt fest, dass der Zuschussbedarf trotz der Mehreinnahmen bei der Kurtaxe steigt. Die Personalkosten sind um ca. 20 % gestiegen. Bürgermeister Scheffold begründet dies zum einen mit entsprechenden Mehrkosten für Konus und die Gutachtal-Card, bei höheren Übernachtungszahlen. Weitere Kosten entstehen durch die Umstellung auf den elektronischen Meldeschein. Bei den Personalkosten werden außerdem Umbuchungen vorgenommen. Bisher war ein Teil der Personalkosten direkt bei der Pilzleherschau veranschlagt.

Stadtwald, 1.8550: Die Beträge wurden aus dem bereits beschlossenen Hiebsplan für den Stadtwald übernommen. Lediglich bei der Dienst- und Schutzkleidung wurde eine geringfügige Erhöhung vorgenommen. Auf Anfrage von Stadtrat Wöhrle kann Rechnungsamtsleiterin Mayer bestätigen, dass die Ansätze 2013 zum Jahresende hin in etwa erreicht worden sind. Stadtrat Hess kann ergänzen, dass lt. Forstrevierleiter Flach bis auf eine Hiebmaßnahme und eine Wegabrechnung der Plan vollzogen worden ist.

Auf Anfrage von Stadtrat Fuhrer informiert Bürgermeister Scheffold, dass die höheren Personalkosten zum einen in der Einstellung eines Auszubildenden begründet sind. Außerdem werden die Personalkostenanteile eines Waldarbeiters künftig anders verbucht, nämlich zu 100 % auf den Bereich Stadtwald. Rechnungsamtsleiterin Mayer ergänzt, dass bereits 2013 diese Umbuchung vorgenommen worden ist.

Städtische Wohngebäude, 1.8810: Auf Bitte von Stadtrat Wöhrle erläutert Stadtbauameisterin Moser den Haushaltsansatz von 12.000 € für die Unterhaltung der baulichen Anlagen. Hier sind verschiedene Kleinmaßnahmen vorgesehen.

Vermögenshaushalt:

Mehrjährige Maßnahmen sind in der Finanzplanung enthalten.

Kindergärten, 2.4640: Hier ist ein zusätzlicher Haushaltsansatz von rd. 8.000 € zu bilden für den 75 %-igen städtischen Kostenanteil an notwendigen Brandschutzmaßnahmen im evangelischen Kindergarten. Dieser Betrag wird bis zur nächsten Sitzung noch eingearbeitet. Die Maßnahme selbst wird in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Abwasserbeseitigung, 2.7000: Frau Moser erläutert die geplante Verlegung einer Schmutzwasser- und Regenwasserleitung im Bereich des Güterbahnhofs und der Anwesen Franz-Schiele-Straße 9 bis 15. An einem Plan wird die Maßnahme dargestellt. Die Kosten werden sich auf rd. 30.000 € belaufen. Die Vorgaben des Bebauungsplanes im Bereich der Wohnbauflächen oberhalb der Firma Tischer sind zu beachten. Abwasserbeiträge werden hierfür nicht fällig, die Verwaltung wird dennoch die Beitragsdatei noch prüfen.

Schloßbergkonzeption, 2.7900: Bürgermeister Scheffold kann berichten, dass der Zuschussbescheid über 135.000 € eingegangen ist. Die Maßnahme wird 2014 und 2015 umgesetzt.

Fragen zum Vermögenshaushalt:

Stadtrat Fuhrer stellt die Frage, ob der Haushaltsansatz von 20.000 € für die Neugestaltung des Schulhofes beim Schulhausneubau, Vorstadtstraße 28 zum richtigen Zeitpunkt veranschlagt wird. Dies ist noch zu beraten.

Der Einnahmeansatz von 130.000 € bei den städtischen Wohngebäuden betrifft den geplanten Verkauf des städtischen Wohnhauses Frombachstraße 13. Der Verkauf konnte 2013 nicht realisiert werden, deshalb wird die Einnahme neu veranschlagt.

Stadtrat Hess verweist auf die Wunschliste. Für die weiteren Schulhausmaßnahmen enthält die Wunschliste einen Betrag von 170.000 €. Er möchte wissen, wie es hier weitergeht.

Insgesamt hat Stadtrat Hess festgestellt, dass verschiedene Haushaltsansätze aus 2013 für Maßnahmen, die dort nicht umgesetzt werden konnten, jetzt nicht neu veranschlagt worden oder in die Wunschliste gekommen sind. Er nennt als Beispiele die Zufahrt und den Parkplatz vor der Stadthalle und dem evangelischen Kindergarten, den Vorplatz der Ortsverwaltung Niederwasser, die Straßenbeleuchtung in der Reichenbacher Straße, die Hochwasserschutzmaßnahme in der Schloßstraße sowie den Gehwegbau in der Reichenbacher Straße.

Auch Stadtrat Fuhrer ist der Meinung, dass Maßnahmen, die in einem Haushaltsjahr veranschlagt, aber nicht umgesetzt worden sind, einer Einzelfallentscheidung des Gemeinderates zugeführt werden sollten. Dann kann im Einzelfall entschieden werden, ob die Maßnahme im folgenden Haushaltsjahr neu veranschlagt, ob ein Haushaltsrest gebildet oder ob die Maßnahme auf die Wunschliste gesetzt wird.

Bürgermeister Scheffold erinnert an die Beratung am 02. Oktober 2013. Dort wurde wegen der aufgeführten Ausfälle bei den Gewerbesteuerereinnahmen darüber beraten, welche Maßnahmen zurückzustellen sind.

Insgesamt sind die von Stadtrat Hess genannten Maßnahmen in der Finanzplanung enthalten, die jährlich fortzuschreiben ist. Insoweit entspricht die Wunschliste der Finanzplanung.

Bürgermeister Scheffold will die Wortmeldungen aber zum Anlass nehmen, künftig jeweils unterjährig über solche Maßnahmen Einzelbeschlüsse fassen zu lassen, falls diese aktuell nicht umsetzbar sind.

Stadtrat Hess ergänzt, dass dies schwierig nach außen zu vermitteln ist, weil manche Maßnahmen bereits seit Jahren auf der Agenda stehen und immer wieder verschoben werden.

Bürgermeister Scheffold ruft in Erinnerung, dass im Haushaltsjahr 2013 bei den Gewerbesteuerereinnahmen, nach Abzug der Umlage, Ausfälle von netto rd. 600.000 € zu verzeichnen waren. Dies musste aufgefangen werden.

Es wird vereinbart, dass die Maßnahmenliste künftig so ergänzt wird, dass der Ausführungszeitraum ergänzt wird. Außerdem wird dargestellt, ob ein Haushaltsrest gebildet wird, wenn die Maßnahme im Folgejahr finanzierbar ist. Sollte die Maßnahme nicht finanzierbar sein, wird das ebenfalls mit der entsprechenden Begründung aufgeführt.

Stadtrat Wöhrle könnte sich vorstellen, solche Maßnahmen nicht in die Wunschliste zu übernehmen, sondern in eine separate Liste mit entsprechender Begründung. Er hat die Bitte, dass diese Liste wenn möglich zur nächsten Sitzung vorgelegt wird.

Stadtrat Hess begrüßt diesen Vorschlag. Er schlägt vor, die genannte Liste vom 02. Oktober 2013 zur nächsten Sitzung zu aktualisieren. Er stellt die Frage, ob eventuell ein separater Topf für solche Maßnahmen auf der Wunschliste gebildet werden kann, um hier Jahr für Jahr entscheiden zu können, welche Maßnahmen umgesetzt werden.

Bürgermeister Scheffold sagt zu, dass die genannte Liste vom 02. Oktober 2013 entsprechend geprüft und überarbeitet wird.

Finanzplanung 2014 bis 2017:

Die wesentlichen Investitionsmaßnahmen werden von Bürgermeister Scheffold erläutert, so der geplante Umbau der Sporthalle, die Sanierung der Stadthalle, verschiedene Sanierungsmaßnahmen im Freibad, die weitere Umsetzung des Schloßbergkonzeptes, die Neubeschaffung eines Bauhoffahrzeugs und die Rückführung des Erschließungsvertrages „Am Güterbahnhof“.

Stadtrat Fuhrer ist der Meinung, dass der Gemeinderat bezüglich dieser Investitionsmaßnahme eine Prioritätenliste zu erstellen hat. Für ihn ist zum Beispiel noch formal zu beschließen, dass zunächst der Umbau der Sporthalle durchgeführt wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2014 Kenntnis.

Die erste Beratung erfolgt in der nächsten öffentlichen Sitzung am 29. Januar 2014.

TOP 05. Eigenbetrieb Wasserversorgung Hornberg: Beratung des Entwurfs des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2014

Der Entwurf des Erfolgsplanes und des Vermögensplanes 2014 liegt dem Gemeinderat vor, ebenso wie die Finanzplanung mit Investitionsprogramm bis zum Jahr 2017. Der Gemeinderat hat bereits im Zuge der Anpassung des Wasserzinses die entsprechende Gebührenkalkulation festgestellt und beschlossen. Die Gebührenkalkulation ist Grundlage der Planung. Rechnungsamtsleiterin Mayer erläutert den Verwaltungsentwurf.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Verwaltungsentwurf Kenntnis.

TOP 06. Bekanntgaben und Anfragen

06.1 Umsetzung der Schloßbergkonzeption

Das Regierungspräsidium Freiburg hat der Stadt Hornberg einen Zuwendungsbescheid über 135.410 € zugeschickt. Damit kann ein Teil der Schloßbergkonzeption umgesetzt werden, die Gesamtkosten betragen 246.200 €, der Zuschusssatz beläuft sich auf 55 %.

06.2 Kunstrasenplatz

Am 27. Dezember 2013 und am heutigen Tag haben zwei weitere Ortsbesichtigungen mit dem VfR Hornberg stattgefunden. Heute wurden die endgültige Lage des Kunstrasenplatzes sowie der Standort des neuen Volleyballfeldes auf dem Freibadgelände festgelegt.

Nun ist vom Gemeinderat der Auftrag für die Verlegung der Wasserleitung zu vergeben. Je nach Angebotssumme ist gegebenenfalls der Wirtschaftsplan 2014 für die Wasserversorgung noch anzupassen.

06.3 Sanierungsgebiet „Nord“, Hornberg

Das Regierungspräsidium Freiburg hat dem Antrag der Stadt Hornberg entsprochen und die Laufzeit des Sanierungsgebietes nochmals bis zum 31. Dezember 2015 verlängert.

06.4 Spielfeldmarkierungen in der Sporthalle

Wie von Stadtrat Hess angeregt, haben Hausmeister Birmele und seine Mitarbeiter vor Weihnachten die Spielfeldmarkierungen in der Sporthalle erneuert. Stadtrat Hess bestätigt, dass die Maßnahme sachgerecht ausgeführt worden ist.

06.5 Kindertagespflege: Idee eines „Kindernestes“

Wie bereits ausgeführt, sind derzeit Überlegungen im Gange, mehreren Tageseltern gemeinsam eine städtische Wohnung zur Verfügung zu stellen, um ein „Kindernest“ für die Kleinkindbetreuung einrichten zu können.

Gemeinsam mit dem Tageselternverein wird demnächst ein Pressegespräch geführt, in der Hoffnung, dass interessierte Tageseltern sich dann melden werden.

06.6 Veranstaltungen des MSC Hornberg e.V.

Der MSC lädt zur Jahreshauptversammlung am 18. Januar 2014 um 19.00 Uhr in das Unterwirthäusle in Reichenbach ein. Außerdem wird bereits auf den Jubiläumsabend zum 50-jährigen Bestehen am 22. März 2014 hingewiesen.

06.7 Neue Straßenbeleuchtung im Zuge der Eisenbahnstraße

Stadtrat Wöhrle hat festgestellt, dass einige der neuen Straßenlampen sich direkt im Bereich des Baumbestandes befinden. Er hat die Befürchtung, dass in den Sommermonaten die Leuchtwirkung dadurch abgeschwächt wird.

Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die dortigen Bäume teilweise entsprechend ausgeschnitten werden müssen.

Der vorhandene Baum im Bereich der Verkehrsinsel beim Viadukt muss eventuell entfernt werden. Dort kann dann gegebenenfalls eine andere Bepflanzung erfolgen.

06.8 Hornberger-Schießen-Weg, Bereich Schloßberg

Stadtrat Hess hat ein paar Vorschläge, bevor der Hornberger-Schießen-Weg eröffnet wird. Zunächst regt er an, im Bereich des Aussichtspunktes auf dem Schloßberg ein Schild aufzustellen mit den Zugfahrzeiten, damit die Schwarzwaldbahn entsprechend zur Geltung kommt.

Im Bereich des Zugabteils sollte ein Hinweisschild aufgestellt werden mit Informationen zur Schwarzwaldbahn.

Das Schild beim Zugang zum Hundsgaben sollte erneuert werden, weil es kaum noch lesbar ist.

Die Kalbsskulptur der Viehherde bei der Stadtapotheke sollte wieder aufgestellt werden.

Bürgermeister Scheffold antwortet, dass das Schild am Zugang zum Hundsgaben erneuert wird. Eine Tafel über die Schwarzwaldbahn beim Zugabteil ist vorgesehen. Ein Schild mit Zugfahrzeiten beim Aussichtspunkt wird in Auftrag gegeben. Die Kalbsskulptur wird derzeit überarbeitet und bald wieder aufgestellt.

Stadtrat Fuhrer ist der Meinung, dass der Sockel unter dem Fernrohr zu großflächig ist. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die Größe erforderlich ist, um Kindern und ihren Eltern dort eine sichere Standfläche zu bieten.

TOP 07. Fragestunde

07.1 Hochwasserschutz in der Schloßstraße

Herr Gustav Benzing erinnert an seine früheren Anfragen. Herr Benzing hat die Befürchtung, dass durch die Verringerung der Durchlassbreite unter der Brücke Spritzenhausplatz bei einem Hochwasser die Innenstadt überflutet werden könnte. Er hat festgestellt, dass 2014 gar kein Haushaltsansatz mehr hierfür bereitsteht und bittet um Erläuterung. Ursprünglich war ein Ortstermin im Juni 2013 zugesagt.

Bürgermeister Scheffold erläutert an einem Lageplan, dass er von einem Ingenieurbüro verschiedene Lösungsansätze hat untersuchen lassen. Diese Lösungsansätze werden jetzt mit dem Wasserwirtschaftsamt besprochen, welches für die Genehmigung der jeweiligen Maßnahme zuständig ist. Herr Benzing wird zum Ortstermin eingeladen. Der Gemeinderat wird dann wieder informiert.

Herr Benzing ist der Meinung, dass einer der vorgeschlagenen Lösungsansätze, nämlich die Aufstellung von Spundwänden in der Schloßstraße bei einem Hochwasser, sinnlos ist, da diese Spundwände gar nicht schnell genug aufgestellt werden könnten, bevor die Innenstadt überflutet wird. Er weist nochmals darauf hin, dass der Durchlass unter der Brücke kleiner ist wie früher und eine Trichterwirkung entfaltet, weshalb die Möglichkeit eines Rückstaus besteht. Für ihn wäre ein solches Hochwasser nicht berechenbar und nicht beherrschbar, weshalb eine andere Lösung gefunden werden muss.

Bürgermeister Scheffold dankt für die Anregung und wird Herrn Benzing zum Ortstermin mit dem Wasserwirtschaftsamt einladen.